

Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.03.1999

Sitzungsort:
im Jugendzentrum Larrelt, Lange Str. 24

Sitzungsdauer:
17.00 Uhr - 19.35 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Beigeordnete Helga Grix - Vorsitzender -
Ratsherr Rico Mecklenburg
Ratsfrau Elfriede Meyer

Stimmberechtigte sonstige Mitglieder

Frau Regina Meinen
Herr Wilhelm Grix

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Ratsherr Hermann Züchner

für Frau Schmidt-Reinders

Beratende Mitglieder

Herr Abdou Quedraogo
Frau Dagmar Blössl
Herr Martin Herbst
Herr Tom Sprengelmeyer
Herr Walter Saathoff

von der Verwaltung

Stadtrat Ewald Fürst
Stadtoberinspektor Hans-H. Janssen als Protokollführer
Christel May
Wilfried Schneider
Bärbel Biermann

Gäste:

Herr Kafka Arbeitsamt Emden
Frau Cors Arbeitsamt Emden

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Jugendhilfeausschuß nicht beschlußfähig ist.

Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.03.1999

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.02.1999

Wegen fehlender Beschlußfähigkeit wird dieser Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung verschoben.

Punkt 4: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Vorlage 13/818
Jugendsituation in Larrelt

Die Sozialarbeiterin des Jugendzentrums Larrelt, Frau Christel May, erläutert die Angebotsstruktur für Kinder und Jugendliche für den Sozialraum Larrelt, Wybelsum, Twixlum und Constantia. Grundlage hierfür sind die Erhebungen der Jugendhilfeplanung.

In Larrelt halten sieben Einrichtungen 38 Angebote vor, und zwar fünf Spielkreise, 12 Kinderangebote und 21 Jugendangebote. Bei den Angebotsanbietern handele es sich um die ev.-ref. Kirche, den Sportverein, die Freiwillige Feuerwehr, den Kindergarten, die private Musikschule, den Verein zur Förderung der Jugend sowie um das Jugendzentrum Larrelt. Dieses biete 16 Angebote, nämlich 1 Spielkreis, 2 Angebote für Kinder und 13 Angebote für Jugendliche.

In Twixlum gebe es zwei Einrichtungen mit 10 Angeboten. Diese seien 2 Spielkreise, 3 Kinderangebote und 5 Jugendangebote. Als Einrichtungen werden hier die ev.-ref. Kirche und der Sportverein Twixlum genannt.

Im Ortsteil Wybelsum gebe es vier Einrichtungen mit 13 Angeboten. Diese gliedern sich auf in 3 Spielkreise, 5 Kinderangebote und 5 Jugendangebote. Anbieter sind hier die ev.-ref. Kirche, der Sportverein Wybelsum, die Schule Wybelsum und der Verein zur Förderung der Jugend.

Der Stadtteil Constantia habe 3 Einrichtungen mit 12 Angeboten, unterteilt in 4 Spielkreise, 2 Kinderangebote sowie 6 Jugendangeboten. Einrichtungen sind hier der Constantiatreff, die ev.-ref. Kirche und die IG-Metall.

Danach gebe es insgesamt in den o. a. Stadtteilen wöchentlich 73 Angebote, welche von 15 Einrichtungen durchgeführt würden. Auffällig sei die große Zahl der Angebote für Jugendliche, 2/3 der Angebote betreffen Jugendliche bis 16 Jahre.

Frau May führt aus, daß es relativ wenig Angebote abends und am Wochenende gebe. Ein Nachteil sei ferner, daß das Jugendzentrum am Samstag und Sonntag geschlossen sei. Außerdem gebe es für ältere Jugendliche weniger Angebote und ebenfalls wenig Angebote im kommerziellen Bereich. Leider hätten die Jugendlichen keine Möglichkeit mehr, Kneipen und Discos in Larrelt zu besuchen, weil das letzte von ehemals 4 Lokalen zum 31.03. d. J. schließe. Ein weiterer Nachteil seien die schlechten Busverbindungen von und nach Larrelt oder Wybelsum. Eine leicht verbesserte Situation sei jedoch durch die Anruf- und Discobusse entstanden.

Frau May betont die Wichtigkeit von Angeboten für Jugendliche, zumal im Sozialraum 3 erheblich mehr Jugendliche leben als im Stadtdurchschnitt.

Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.03.1999

Betont wird ausdrücklich, daß zum Einzugsbereich des Jugendzentrums Larrelt ganz klar auch Wybelsum gehöre. So plane das städt. Jugendzentrum Larrelt als Zusatzangebot vor Ort die Einrichtung eines Jugendtreffpunktes in Wybelsum. Dieser soll im Keller des ehemaligen Dorfgemeinschaftshauses unter dem neuen Kindergarten eingerichtet werden. Geplant sei ein Bewegungsraum, in dem Jugendliche sich nicht nur treffen, sondern beispielsweise auch Tischtennis oder Billard spielen können.

Herr Sprengelmeyer geht auf die Statistik der Jugendhilfeplanung sowie die überproportionale Zahl der Jugendlichen im Stadtteil Larrelt und Wybelsum ein. Er bemängelt die fehlende Infrastruktur in Larrelt. Seiner Meinung nach gebe es für den Einzugsbereich extrem wenig Angebote. Kritisiert wird ferner, daß die Busverbindungen sich nicht nach der Nachfrage richten.

Herr Dr. Beisser gibt zu bedenken, ob 16jährige Jugendliche nicht schon so mobil seien, daß sie unbedingt auf die örtlichen Angebote angewiesen sind. Er könne sich vorstellen, daß Jugendliche lieber in die Stadt fahren.

Frau May erwidert, daß die Larrelter Jugendlichen sehr stadtteilbezogen sind. Diese hätten einen engen Bezug zu diesem Stadtteil. Es handele sich hier um eine große Clique, die aber kaum Möglichkeiten habe, sich zu treffen.

Herr Mecklenburg betont die Notwendigkeit der Angebote vor Ort, zumal das Bedürfnis, sich im Stadtteil zu treffen, auch mit den Schulbesuchen zusammenhänge.

Frau Meyer ist der Auffassung, daß es nicht so einfach sei, Jugendliche aus Larrelt mit denen aus Constantia oder Wybelsum unter einen Hut zu bringen.

Herr Fürst möchte wissen, warum bei den Anbietern der Reitverein Larrelt nicht aufgeführt ist.

Herr Sprengelmeyer erklärt hierzu, daß bei den Erhebungen der Jugendhilfeplanung nur Daten von Vereinen aufgenommen worden seien, die an der Befragung teilgenommen hätten.

Die Sozialarbeiterin, Frau May, fährt in ihrer Erörterung fort. Nach ihrer Darstellung sei das Jugendzentrum Larrelt ein wichtiger Kommunikationsort außerhalb des Elternhauses. Hier lernen die Kinder und Jugendlichen, Eigeninitiative zu entwickeln, sowie Eigenverantwortung zu tragen. Außerdem diene es als Lern- und Übungsfeld. Positiv sei, daß die Jugendlichen bei der Renovierung der Räume etc. helfen und bei Aktionen aktiv mitmachen. Das Jugendzentrum sei auch ein Freiraum zur Selbstfindung, und dort werde gelernt, sich mit anderen Gleichaltrigen auseinanderzusetzen und Toleranz zu üben. Als Zielgruppe des Jugendzentrums nennt sie Kinder vom 6. Lebensjahr an, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 24. Lebensjahr. 40 % der Besucher seien Mädchen, der Rest Jungen. Die Gäste kämen aus den unterschiedlichsten Schulformen. Angeboten werde offene Arbeit, z. B. Teestubenbetrieb, Billard, Tischtennis etc. In der Gruppenarbeit werde zur Zeit Gitarrenunterricht angeboten. Es gebe 2 Mädchengruppen. Die Gruppenarbeit werde je nach Bedarf flexibel gestaltet. Ferner nehme das Jugendzentrum an den unterschiedlichsten Veranstaltungen, z. B. Warffest, Ferienpaß, und Seminaren teil. Ein Bestandteil der Arbeit sei unter anderem die Stadtteilarbeit sowie Gemeinwesenarbeit. Hier gebe es Kooperationen mit Vereinen und Verbänden und anderen Einrichtungen. Ein besonderes Augenmerk werde derzeit auf die Aussiedlerfamilien gelegt. Auch an den Sozialraumkonferenzen nehme das Jugendzentrum teil.

Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.03.1999

Herr Sprengelmeyer hebt nochmals hervor, daß das Jugendzentrum Larrelt eine feste Größe im Stadtteil sei. Er betrachte das Jugendzentrum als eine Ergänzung des sozialen Lebens in Larrelt.

Herr Mecklenburg äußert sich positiv über die wirkungsvolle und gute Arbeit des Jugendzentrums. Er wünsche sich aber die stärkere Integration der Aussiedlerfamilien.

Herr Grix erinnert an den Aufbau des Jugendzentrums im Jahre 1976 und hebt das ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen hervor. Er bedauert, daß das Einbeziehen der Jugendlichen aus Wybelsum nicht so gelungen sei. Das Aufgreifen einer neuen Konzeption halte er für sinnvoll. Er weist aber darauf hin, daß die eingeschränkten Öffnungszeiten neu überdacht werden sollten. Diesbezüglich sei es vielleicht sinnvoll, die Ehrenamtlichkeit erneut einzufordern und zu stärken. Dadurch könne der Einzugsbereich des Jugendzentrums evtl. gestärkt werden. Als Defizit nannte er insbesondere die Schließung des Jugendzentrums samstags. Daher würden sich viele Jugendliche an den Bushaltestellen treffen. Es sei vermehrt auf die Bedürfnisse der Jugendlichen einzugehen.

Herr Grix regt ferner an, den Anbau des Jugendzentrums, wobei es sich um die Scheune des ehemaligen Gulfhofes handele, für eine Erweiterung des Angebotes nutzbar zu machen. Hierbei könnten die Jugendlichen sinnvoll langfristig beschäftigt werden.

Herr Mecklenburg bekräftigt, daß ein Angebot für Jugendliche für den Bereich Wybelsum erforderlich und längst überfällig sei. Des weiteren fragt er an, ob das Angebot für Jugendliche für den Stadtteil Constantia ausreiche.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, daß der Stadtteil Constantia einen großen Abenteuerspielplatz habe, und das sei die Fachhochschule. Hier gebe es bereits Klagen der Fachhochschule über Jugendliche, die die Hochschule als Treffpunkt mißbräuchten. Es bestehe deshalb die Forderung, unbedingt tätig zu werden. In der Vergangenheit habe es mehrfach Versuche gegeben, mit der Fachhochschule und den Studenten zusammenzuarbeiten. Diese Versuche seien bislang gescheitert.

Jugendarbeitslosigkeit

a) Bericht über das Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Der kommissarische Leiter der Berufsberater des Arbeitsamtes Emden, Herr Kafka, erläutert die Eckpunkte für ein Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Hierbei handele es sich um Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung Jugendlicher. Herr Kafka berichtet über den Mangel an Ausbildungsplätzen und die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit in der BRD. Dieses gefährde die beruflichen und gesellschaftlichen Chancen der jungen Generation. So gebe es derzeit ca. 430.000 arbeitslose Jugendliche und 35.000 Ausbildungsplatzbewerber/innen. Um diesem gravierenden Problem zu begegnen, habe die Bundesregierung unkonventionelle Wege gesucht und ein Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt. Es gehe hier um Jugendliche vom 16. bis zum 25. Lebensjahr. Für den Arbeitsamtsbereich Emden nannte er eine Zahl von 400 arbeitslos gemeldeten Jugendlichen. Die Nachfrager seien Bewerber aus dem Kalenderjahr 1998, die keine Lehrstelle fanden.

Das Sofortprogramm der Bundesregierung beinhalte, daß rund 100.000 arbeits- oder ausbildungslose Jugendliche ein konkretes, qualifiziertes Arbeitsangebot erhalten. Hierfür stünden für das Kalenderjahr 1999 200.000.000,- DM zur Verfügung, sowie Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre. Für den Arbeitsamtsbereich Emden bedeute dieses eine

Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.03.1999

Zuweisung von 6 Mio. DM Ausgabemitteln sowie 3,5 Mio. DM Verpflichtungsermächtigungen.

Hier sei die Unterstützung aller gesellschaftlichen Gruppen einschließlich der Sozialpartner gefordert. Es sei notwendig, ein breites Spektrum zu erfassen. An die Jugendlichen ergehe die Pflicht, Qualifizierungs- und Beschäftigungsgebote anzunehmen, anderenfalls sei mit Restriktionen zu rechnen, z. B. Kürzung des Arbeitslosengeldes.

Für ausbildungssuchende Jugendliche nannte er folgende Angebote:

1. Förderung von lokalen und regionalen Projekten zur Ausschöpfung und Erhöhung des betrieblichen Lehrstellenangebotes. Hier sei es wünschenswert, mit den Projekten Blockaden zu beseitigen, um eine Steigerung der Lehrstellen zu erzielen.
2. Trainingsprogramm für unvermittelte Bewerberinnen und Bewerber. Hier handele es sich um Praktika und Alternativarbeit. Sie sollen einer Berufsorientierung dienen.
3. Außerbetriebliche Ausbildung für die im Februar/März 1999 noch unvermittelten Bewerberinnen und Bewerber.

Hier sei die erste Maßnahme zum 15.02.1999 mit 45 Jugendlichen gestartet.

4. Nachholen des Hauptschulabschlusses, um den Zugang zu einer Ausbildung zu erleichtern.
5. Arbeit und Qualifizierung für noch nicht ausbildungsgerechte Jugendliche. Hier werde ein einjähriges sozialversicherungspflichtiges Praktikum absolviert, um danach eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle zu erhalten. Es werde am 01.05.1999 mit ca. 20 Bewerbern gestartet.

Die Abschnittsleiterin des Arbeitsamtes, Frau Cors, stellt danach die Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche mit und ohne Berufsabschluß vor. Hierbei handele es sich um arbeitslose junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr. Frau Cors betont, daß es um Einzelfallhilfen gehe. Als Maßnahmen werde genannt:

1. Berufliche Nach- und Zusatzqualifizierung.
Es würde gezielt bestimmte Personengruppen angesprochen, und diese erhalten je nach Maßnahme eine Vergütung.
2. Lohnkostenzuschüsse für arbeitslose Jugendlichen.
Bedingung sei eine dreimonatige Arbeitslosigkeit für junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr. 60 % des Bruttoentgeltes würden im ersten Jahr und 40 % des Bruttoentgeltes im zweiten Jahr an den Arbeitgeber gezahlt. Ziel sei, einen Dauerarbeitsplatz zu erreichen.
3. Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen.
4. Beschäftigungsbegleitende Hilfen.
5. Soziale Betreuung zur Hinführung an Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

Herr Herbst möchte wissen, ob es sich bei den Teilnehmern um Menschen mit sozialen Schwierigkeiten handele.

Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.03.1999

Frau Cors erklärt, daß nach ihrem Wissen keine sozialen Defizite vorliegen. Es seien insbesondere junge Erwachsene, die von den Betrieben nicht übernommen worden seien.

Herr Kafka ergänzt, daß dieser Personenkreis breit gestreut sei. Es gebe kein klassisches Bild dieser Menschen.

Herr Quedraogo hätte gerne gewußt, wie Jugendliche und auch Firmen auf dieses Sofortprogramm reagieren.

Herr Kafka antwortet, daß es zum Programm Informationsveranstaltungen und Beratungen gebe, wozu die Jugendlichen eingeladen werden. Die Jugendlichen hätten das Einladungsangebot zu ca. 50 % angenommen. Seitens der Firmen sei eine Aufgeschlossenheit zu erkennen, zumal die Angebote in Verbindung mit finanzieller Förderung seitens des Arbeitsamtes stehen. Kritisch merkt er an, daß die Struktur der Ausbildung bezüglich des Dualen Systems in Frage gestellt werden müsse. Es sei unbedingt zu überlegen, wie Ausbildung neu gestaltet werden könne.

Herr Schneider, der Sachbearbeiter des Fachdienstes HLU und Arbeit, stellt die Daten des Fachdienstes für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vor. Per Stand Januar 1999 gebe es 3.640 Hilfeempfänger in Emden. Bei den 16 bis 25jährigen betrage der Anteil 419. Bei erster inhaltlicher Prüfung blieben 173 Teilnehmer übrig, die für eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in Frage kommen.

246 kamen aus den verschiedensten Gründen nicht in betracht. Von den im Januar 173 angeschriebenen Personen blieben letztendlich 36 Personen übrig, die für eine Maßnahme gemeldet werden konnten. Beteiligt an dieser ersten Maßnahme haben sich letztendlich 13. Bei den Personen, die nicht berücksichtigt werden konnten, spielten verschiedene Gründe eine Rolle, z. B. Schulbesuch, Arbeitsunfähigkeit sowie die Fälle der ergänzenden Sozialhilfe.

Frau Grix bedankt sich für den umfangreichen Sachvortrag.

b) Bericht des Kontaktbüros für junge Menschen

Herr Sprengelmeyer berichtet, daß das Kontaktbüro für benachteiligte junge Menschen auf Initiative der Stadt Emden, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Arbeitsamtes Emden am 01.06.1998 eingerichtet worden sei. Das Ziel sei die Einzelfallhilfe, Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit, ferner die Bildung eines Beirates mit einem flächendeckenden Konzept für Jugendliche ohne Ausbildung oder einer abgebrochenen Ausbildung.

Die Sozialarbeiterin, Bärbel Biermann, stellt die bisherige Arbeit des Kontaktbüros vor. Danach handele es sich um eine Anlaufstelle für junge Menschen ohne Ausbildung oder Arbeit. Das Büro werde von 2 Sozialarbeiterinnen der Jugendförderung auf ABM-Basis betreut. Die Beendigung der Maßnahme finde aller Voraussicht nach am 31.05.1999 statt.

Die Kernaufgaben beinhalten die Beratung und Begleitung in allen Belangen zur Ausbildung und Arbeit, wie Orientierung in der Berufswelt, Hilfestellung bei der konkreten Lebensorganisation, Beratung und Unterstützung bei Bewerbungen und Vermittlung bei Schwierigkeiten in der konkreten Ausbildungs- oder Arbeitssituation.

Als Zielgruppe nennt Frau Biermann junge Menschen ab dem 16. Lebensjahr, z. B. Schulabbrecher, Jugendliche, die keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz fänden und Jugendliche,

Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.03.1999

die Gefahr liefen, ihre Ausbildung bzw. Arbeit abzubrechen oder bereits abgebrochen hätten.

Sie erklärt, daß sich zur Zeit 10 Jugendliche in der Betreuung durch das Kontaktbüro befänden. Hierbei handele es sich um 5 weibliche und 5 männliche Personen zwischen 17 und 23 Jahren. Als Vermittler an das Kontaktbüro werden die Mitarbeiter/innen der Jugendzentren, der Jugendgerichtshilfe, der Bezirkssozialarbeit des Sozialen Dienstes sowie 2 Bildungsträger in Emden genannt. Für die Kontaktaufnahme seitens der Jugendlichen gebe es verschiedene Gründe, z. B. arbeitssuchend, Schwierigkeiten in der Berufsausbildung, Schulverweigerung, Formulierung und Schreiben von Bewerbungen und Beratung und Unterstützung in rechtlichen Angelegenheiten. Im Kontakt mit den Jugendlichen wurde sehr deutlich, daß die Entwicklung einer beruflichen Perspektive sehr häufig durch schwierige familiäre Konstellationen erschwert werde. Aus den bisher gemachten Erfahrungen müssen nach Einschätzung der Sozialarbeiterin die Kernaufgaben der Kontaktstelle unbedingt erweitert werden auf die Einzelberatung im Hinblick auf die berufliche Entwicklung, Herausarbeiten der persönlichen Ressourcen, die persönliche Begleitung während des Prozesses der beruflichen Entwicklung, Unterstützung bei der Entwicklung individueller beruflicher Perspektiven sowie Behördengängen.

Wichtig sei auch eine Vernetzung des Kontaktbüros und die Integrierung in die Emdener Strukturen. Es bestünden bereits gute Kontakte zu den Beratungslehrern der BBS II, zu den RAN-Stellen in Norden und Aurich (Fach austausch), zu den Bildungsträgern in Emden sowie dem Jugendamt und den Jugendzentren. Dies sei eine unbedingte Voraussetzung für ein längerfristig tragfähiges Hilfesystem zur Verminderung der Problematik der Jugendarbeitslosigkeit.

Herr Sprengelmeyer erklärt, daß die Jugendförderung der Stadt Emden sich zur Zeit bemühe, die bis Ende Mai befristete Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zu verlängern. Nach nunmehr 10monatiger Arbeit sei es die vorrangige Aufgabe gewesen, ein Konzept zu erarbeiten und Kontakte zu knüpfen. Erst jetzt könne mit der Einzelfallbearbeitung begonnen werden. Eine längerfristige Beratung sei aber notwendig, da man eine Verantwortung gegenüber dem Klientel habe. Hier würden junge Menschen unterstützt, die weder von der Schule oder vom Arbeitsamt erreicht würden und Gefahr laufen, aus dem sozialen Netz herauszufallen.

Herr Grix nennt als Hauptziel den Informationsaustausch sowie die Vernetzung. Es sei ebenso erforderlich, eine aufsuchende Sozialarbeit in Emden einzurichten. Das Ganze sollte auf jeden Fall weiterentwickelt werden.

Herr Kafka vom Arbeitsamt vertritt die Ansicht, daß ein Bedarf der sozialpädagogischen Begleitung im Vorfeld notwendig sei.

c) Vorlage 13/817
Ferienpaßaktion 1999

Herr Sprengelmeyer stellt den Ferienpaß 1999 vor. Er erklärt, daß trotz höherer Teilnehmerzahlen in der Vergangenheit die Anzahl der verkauften Pässe zurückgegangen sei. Das liege darin begründet, daß die Familien heutzutage sparen müßten und z. B. für drei Kinder nur einen Ferienpaß kauften, der dann von allen genutzt werde. Künftig müsse für jedes Kind ein Ferienpaß gekauft werden.

Im übrigen seien einige Veränderungen am Ferienpaß vorgenommen worden. Z. B. werde ein neuartiger Kalender als Ergänzung zum gewohnten Programmheft erstellt. Hier sind in übersichtlicher Form alle Angebote auf einem Blick dargestellt. Der Kalender werde vorab herausgegeben und zwecks Werbung über Schulklassen in Emden verteilt. Bis Anfang Mai sei die Jugendförderung für weitere Anregungen offen. Der Verkaufspreis von 5,-- DM sei

Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.03.1999

stabil geblieben. Auch im Hinblick auf das Anmeldeverfahren gebe es Veränderungen, die als sehr bürgerfreundlich bezeichnet werden können. Der erste Anmeldetag für anmeldepflichtige Veranstaltungen werde auf Sonntag, den 11.07.1999, gelegt. Dazu soll es ein Programm mit Spielen und Aktionen beim Jugendzentrum Alte Post geben. Ziel sei "jeder Teilnehmer ein Ferienpaß".

Außerdem werde das spezielle Angebot für Jungen erweitert, da ihr Anteil am Ferienpaß vergangenes Jahr zurückgegangen sei. Ein besonderes geschlechtsspezifisches Angebot sei eine sportliche Freizeit für Väter und Söhne sowie eine Fußballfreizeit auf Borkum. Ebenfalls werde das Angebot für Touristen erweitert.

Das Angebot bleibe ansonsten in gewohnt guter Qualität wie in den Vorjahren.

Punkt 5: Anfragen

Herr Herbst hätte gerne den Sachstand bezüglich der Weiterentwicklung zur Jugendhilfeplanung erfahren.

Herr Saathoff erklärt, das Konzept der Jugendhilfeplanung werde derzeit darauf geprüft, ob eine Beschlußfassung durch Ratsgremien erforderlich ist. In Kürze werde entweder eine Organisationsverfügung erlassen oder es erfolge nach Beratung im Jugendhilfeausschuß eine Beschlußfassung durch den Verwaltungsausschuß.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, daß das Konzept im Jugendhilfeausschuß sowie im Sozialhilfeausschuß vorgestellt worden sei.

Herr Grix ist der Auffassung, daß eine Beschlußfassung durch den Jugendhilfeausschuß erforderlich ist.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.35 Uhr.

Anfragen der Zuhörer:

Frau Jakobs von der Kindertagesstätte Schwabenstraße äußert sich positiv zum Bericht von Herrn Kafka vom Arbeitsamt Emden und bittet darum, junge Eltern mit zu berücksichtigen. Ihrer Erfahrung nach gebe es einen großen Anteil alleinerziehender Eltern vom 16 bis 25 Lebensjahr. Sie halte es für sehr wichtig, daß auch diese einen Beruf abgeschlossen haben. Hierbei sei von äußerster Wichtigkeit, daß Kinder Eltern erleben, die einen Beruf haben und arbeiten können.

Herr Fürst erklärt, daß es verschiedene Gründe gebe, daß alleinerziehende Eltern am Arbeitstraining teilnehmen oder auch nicht. Das Sozialamt biete die Möglichkeit der Kinderbetreuung.